DIE LINKE. Kreisverband Unstrut-Hainich-Kreis

Kurier

Ausgabe 2-2023 www.die-linke-uh.de

DIE LINKE hilft:

Antragsformular für Brennstoff-Härtefonds

Seit dem 8. Mai können auch in Thüringen Anträge auf Härtefallhilfen für Heizöl, Pellets und Co. gestellt werden. Das Antragsverfahren wird über ein gemeinsames Online-Serviceportal der Bundesländer in Hamburg abgewickelt. Ein analoges Antragsverfahren ist nur mit Hürden möglich. So können sich Betroffene an eine Hotline wenden und das analoge Antragsformular nach Prüfung der Antragsberechtigung anfordern. Die Nummer der Hotline (0800 100 1238) ist aber wieder nur im Internet zu finden. Da nicht alle Menschen einen Onlinezugang haben, hat sich DIE LINKE. dazu entschlossen, das analoge Antragsformular allen interessierten Menschen unkompliziert zur Verfügung zu stellen. Es kann über die WKBs von Cordula Eger in Bad Langensalza und Mühlhausen zu den gewohnten Öffnungszeiten abgeholt werden. Hier können sich Betroffene das Antragsformular abholen. Es ist auch möglich, im Wahlkreisbüro anzurufen (Tel.: 03603/8101963) und um Zusendung des Formulars per Post zu bitten.

Große Chance vertan: Ausschüsse des Kreistags weiterhin nicht öffentlich.

DIE LINKE streitet schon lange dafür, dass die Ausschüsse in den kommunalen Gremien öffentlich, d.h. für alle Menschen zugänglich tagen können. Den Weg dafür hat der Thüringer Landtag im Frühjahr 2023 frei gemacht, indem er mit rot-rot-grüner Minderheitenregierung die Kommunalordnung geändert hat. In der letzten Kreistagssitzung hatten die Fraktionen die Chance zu beschließen, dass die Teilnahme interessierter Bürger*innen an den Ausschusssitzungen möglich ist und diese öffentlich tagen können. Die Argumente von LINKE, SPD und B90/Grünen, mehr Transparenz zu schaffen und direkte Beteiligung zu ermöglichen, stießen bei der Mehrheit von CDU/FDP und FW auf taube Ohren. Es müsse weiterhin geschützte Debatten geben und einen geschützten Raum der Kommunalpolitiker, meinen die Konservativen. Wir sagen: Öffentlichkeit und Transparenz stärken die Demokratie. Wir verbessern hiermit vor allem die Einsicht in politische Abwägungsprozesse, bei denen Kompromisse geschlossen werden und Widersprüche sichtbar werden. Politische Entscheidungen sind komplex – wie komplex, sollten BürgerInnen in den vorberatenden Ausschüssen selbst beobachten können. Für unser Wahlprogramm des Kreises werden wir diese Forderung weiterhin aufrechterhalten.

Cordula Eger

LINKE vor Ort

Es ist wichtig, den Menschen zuzuhören, Lösungsansätze unserer linken Politik mitzuteilen und unsere Infomaterialien zu verteilen. Deshalb waren unsere Mitglieder auch in diesem Jahr zum Grünen Innenstadtfest in Bad Langensalza mit einem Infostand vor dem Bürgerbüro von Cordula. Besonders die Themen Bildung und geplante Bundesgesetzte im Bereich Heizung, Gesundheit und Pflege standen bei den Gesprächen im Mittelpunkt.

Kindern eine Freude machen

Auch in diesem Jahr konnten sich Kinder zum Internationalen Kindertag am 01. Juni im Bürgerbüro von Cordula in Bad Langensalza Popcorn, Luftballons und einen Gutschein für ein Eis abholen.

Die Rechten entwaffnen!

Sprengstoff- und Waffenfund in Hessen“, Foto: Polizeipräsidium Mittelhessen

Ende des Jahres 2021 besaßen rund 1.500 extrem Rechte in Deutschland waffenrechtliche Erlaubnisse, dies ist ein Anstieg um 30% im Vorjahresvergleich. Hinzu kamen Ende 2021 etwa 500 Reichsbürger*innen oder Selbstverwalter*innen mit entsprechenden Erlaubnissen. Hinzu kommen noch die illegalen Waffen in den Händen rechter Akteur*innen. Diese steigende Tendenz zur Selbstbewaffnung, die seit Jahren zu beobachten ist, ist gefährlicher Ausdruck einer gesellschaftlichen Legitimationskrise und Selbstjustiz. Dabei geht es nicht nur um von der Öffentlichkeit größer beachtete Waffenfunde, es gibt auch eine Vielzahl rechter Waffenfunde, die nicht im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehen. Beispielsweise wurde im April 2022 bei dem Reichsbürger Ingo K. in BadenWürttemberg ein wahres Waffenarsenal gefunden sowie mehr als 5.000 Schuss. Doch nicht nur die seit Jahren anhaltende Menge und Häufigkeit von Waffen- und Munitionsfunden lässt aufhorchen. Es ist auch deren Qualität und die waffentechnische und taktische Ausbildung ihrer Besitzer*innen. Fast schon an der Tagesordnung sind Funde von Kriegswaffen und Munition im fünfstelligen Bereich. Dabei stechen besonders Funde aus Bundeswehrbeständen ins Auge. Dort scheint es gängige Praxis, verschwundene Waffen, Munition und Sprengstoffe nur als Verlust und nicht als Diebstahl zu behandeln. Lediglich im einstelligen Prozentbereich erstattet sie in solchen Fällen Anzeige. Daneben werden häufig Waffen gefunden, die in den frühen 1990 Jahren während des „Jugoslawienkrieges“ zum Einsatz kamen, an dem nach Behördenangaben bis zu 350 deutsche Neonazis teilnahmen, als Sold oder Trophäe wurden dann Waffen mit nach Deutschland zurückgebracht. Die Bundesregierung aber scheut sich, das wirkliche Ausmaß zuzugeben und versteckt rechte Waffendelikte im Bereich „PMK -sonstige Zuordnung“. Ein Zeichen für den Unwillen der Behörden, entsprechende Straftaten als extrem rechts zu benennen. Diese Weigerung führt zur Verharmlosung rechter Einstellungen und Gewalt, die sich auch gegen Geflüchtete richtet. Allein 2021 kam es monatlich zu mindestens 2 Angriffen mit Waffen auf Geflüchtete, auch bei Angriffen auf ihre Unterkünfte wurden Waffen eingesetzt. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, müssen Neonazis und Reichsbürger*innen Waffenscheine, Waffenbesitzkarten und Sprengstofferlaubnisse konsequent entzogen werden. Das Problem sind ebenfalls Militariahändler, Soldaten und Reservisten sowie Angehörige von Sicherheits-und Abbruchfirmen, die gesetzlich über Waffen bzw. Sprengmittel verfügen dürfen. Um das Waffenrecht konsequent durchzusetzen, braucht es Behörden, die Waffenfunde in der extremen Rechten entsprechend einordnen können, sie nicht im Bereich „Sonstige Zuordnung“ verstecken.

Martina Renner, MdB

Gegen das Vergessen

Am 5. September 1992 wird ein Brandanschlag auf ein Asylbewerber*innenheim in Bad Langensalza verübt, knapp zehn Tage später wird ein polnischer Asylbewerber in Mühlhausen in seinem Zimmer überfallen und ausgeraubt. In der Nacht vom 23. auf den 24. Januar 1993 wird der Punker Mario Jödecke vor einer Pizzeria in Schlotheim erstochen. Der Täter gehört der rechten Szene an. Er wird später freigesprochen, von extrem rechten Motiven der Tat ist im Urteil keine Rede. Am 28. Juni 1993 verletzt ein 40-jähriger Mann einen rumänischen Asylbewerber in Mühlhausen tödlich. Er sticht zweimal auf das 26jährige Opfer ein, der Mann erliegt seinen Verletzungen im Krankenhaus. Die rechte Gewalt Anfang der 1990er Jahre hat auch im Unstrut-Hainich-Kreis ihre Spuren hinterlassen. Doch die damaligen Taten bleiben meist eine dürre Randnotiz, vor Ort sind sie heute meist genauso unbekannt wie ihre Opfer. Das möchten wir mit einer Recherche zu den Taten ändern und den Betroffenen ein Gesicht geben. Solltet Ihr über die Taten etwas wissen, meldet euch gerne in meinem Büro in Mühlhausen.

Martina Renner, MdB

Unterwegs im Wahlkreis

Am 23. Mai waren meine Kolleg*innen des AK Arbeit/Soziales, Karola Stange, Ralf Plötner und Lena Saniye Güngör, zu Gast in meinem Wahlkreis. Mit den Gesundheitskiosken in der VG Bad Tennstedt und den AGATHE Beraterinnen der Stiftung Landleben bzw. dem Verein Landengel e.V. ist eine gute wohnortnahe Betreuung und Unterstützung im gesundheitlichen und sozialen Bereich möglich, erklärte uns Christopher Kaufmann. Der Verein „Frauen für Frauen“ mit dem Familienzentrum ist eine wertvolle Anlaufstelle für Beratung und hält auch der Frauenschutzwohnungen vor, so Andrea Frank. In der Seniorenwohngemeinschaft „An der Waidmühle“ in Großengottern werden pflegebedürftige Menschen sehr gut betreut. Einen Einblick gaben uns Kati Heinrich und Herr Freitag. Abschließend führte uns Veronika Klein vom Förderverein „Spittel“ in Großengottern durch das einzigartige Ensemble mit einem hohen Zeugniswert der örtlichen Sozialgeschichte. Innerhalb von zehn Jahren wurde mit viel Eigenleistung, Sponsoren und Denkmalförderung das ehemalige Spital „St. Andreas“ mit Kapelle, Wohnhaus und Nebengebäuden saniert. Alle in diesem Bereich Tätigen machen täglich eine hervorragende Arbeit. Ich bin sehr froh, dass es in meinem Wahlkreis auch in den Dörfern etliche, vielfältige, gute und notwendige Angebote für Familien, ältere Menschen und im kulturellen Bereich gibt. Das hat uns gezeigt, dass die umfangreichen umfangreiche Förderprogramme und Unterstützungsleistungen der rot-rot-grünen Minderheitenregierung bei den Menschen ankommen.

Cordula Eger, MdL

Anerkennung zum Tag der Pflege und zum Tag der Kinderbetreuung

Zum Tag der Pflege am 12.05. habe ich mich für die tägliche Arbeit im Pflegebereich bedankt - egal ob stationär im Pflege- oder Wohnheim, in der ambulanten Tagespflege, Krankenhaus oder Reha-Klinik. Mit einem kleinen Präsent habe ich fünf Einrichtungen in meinem Wahlkreis besucht und den Mitarbeitenden meine Wertschätzung und Anerkennung ausgedrückt. Pflege ist ein Zukunftsthema, denn der Anteil der Menschen, die schon aufgrund ihres Alters auf Pflege angewiesen sind, nimmt stetig und deutlich zu. Das bedeutet, dass es für die Menschen, die später Pflege brauchen werden, eine existenzielle Frage sein wird, wie wir heute mit den Pflegenden umgehen.

Zudem habe ich den bundesweiten Aktionstag - den Tag der Kinderbetreuung - am 15.05. zum Anlass genommen, den KiGa-Fachkräften persönlich für ihr Engagement zu danken. Mit kleinen Überraschungen vor Ort habe ich fünf Einrichtungen im Wahlkreis besucht.

Cordula Eger, MdL

Mit Frau Ehrlich vom Senioren-Wohnpark Großvargula

AWO-Kindergarten „Unstruthüpfer“ Großvargula

Interview mit Katharina König-Preuss

Kurier: Wie hat sich die Neonaziszene in den letzten Jahren in Thüringen entwickelt?

AW: Vor Corona war die Neonaziszene in Thüringen sehr stark, dass zeigte sich bspw. bei den großen Rechtsrockkonzerten wie 2017 und später in Themar. In dieser Zeit erfuhren Neonazis in Thüringen zu wenig repressiven Widerspruch durch Polizei, Justiz und Sicherheitsbehörden. Das größere Problem in Thüringen sind jedoch die Vielzahl von kleinen Rechtskonzerten mit Liedermachern und kleinen Bands aus der Szene, die an fast jedem Wochenende mit zweistelligen oder auch dreistelligen Besucherzahlen in den Immobilien der Neonazis veranstaltet werden. Während Corona nahm die Anzahl der öffentlichen Veranstaltungen aufgrund der Beschränkungen enorm ab, es betraf nicht nur die Konzerte, sondern auch extrem rechte Vortragsabende bspw. zur NS-Ideologie oder über Rudolf Hess. 2020/2021 setzte eine Entspannung bei denen ein, die gegen Rechts einstehen, weil sie nicht mehr jedes Wochenende irgendwohin mussten, um zu demonstrieren und solidarische Zeichen zu setzen. Als es möglich war, kleine Veranstaltungen mit begrenzten Besucherzahlen zu machen, begannen Neonazis, sie zu organisieren. Relevant ist, dass es wegen Corona-Beschränkungen Veranstaltungen wie Übertragungen von Rechtskonzerten auf Youtube oder eine Gesprächsserie mit Neonazi-Akteuren aus der Gaststätte des Neonazis Frenck aus Kloster Veßra gab, um die Szene weiterhin, auf das Internet begrenzt, zu bedienen. Die Übertragung der Konzerte war erfolglos und wurde eingestellt.

Kurz vor Corona 2020 fand die erste von mehreren Razzien in Eisenach, Erfurt und Südthüringen. Damit einher gingen Verfahren und Anklagen in Thüringen, die zum Verbot von Combat 18, dem bewaffneten Arm von Blood and Honour (seit 2000 verboten), führten.

Ab Ende 2019 begannen die Turonen (Tu) in Thüringen kriminelle Aktivitäten

wie Drogenhandel, Prostitution und Zwangsprostitution auszuweiten. Waffenhandel wird vermutet, wobei unklar ist, wie und in welchen Dimensionen er stattfand. Die erste große Razzia und Festnahmen fanden 2021 an den Sitzen der Tu im Landkreis Gotha und der Region Saalfeld-Rudolstadt statt. Der Kopf der Gruppe, Thomas W., ging ins Gefängnis, gegen ihn läuft aktuell der Prozess. In Hessen fanden Razzien statt, ein NPD-Anwalt wurde verhaftet, der Teil der kriminellen Struktur ist und über den laut Anklageschrift Geldwäsche betrieben wurde. Eine weitere Razzia gegen Tu gab es 2022, u.a. wurde in Saalfeld die zweite Führungsriege festgenommen, hier steht der Prozess aus. In den Kreisen Gotha und Saalfeld-Rudolstadt nahm man seit den Verhaftungen eine leichte Entspannung wahr, die in weiten Teilen bis heute anhält. Es finden aktuell weniger Bedrohungen, Gewalt und Übergriffe statt. Parallel dazu weiten aber Gruppierungen wie Knockout 51 aus Eisenach oder neue Gruppen wie Kommando 075 aus Gera ihre Aktivitäten aus. Während Corona war auch zu beobachten, dass bspw. im Saale-Orla-Kreis aber auch im SHK neue rechte Gruppierungen entstanden wie die „Patriotische Gruppe Thüringen“ oder auch die „Neue Hitler-Jugend“ (NHJ. Sie waren weniger auf der Straße erkennbar, sondern traten vor allem im Social-Media-Bereich in Erscheinung.

Das Interview führte Frank Wilhelm. Das vollständige Gespräch wurde unter www.die-linke-uh.de veröffentlicht.

Termine

01.07.2023, 10.00 Uhr: Gesamtmitgliederversammlung DIE LINKE Unstrut-Hainich-Kreis. (Kreisgeschäftsstelle, Hauptmannstraße 1A, Mühlhausen)

19.07.2023: 09.00 Uhr: Markt Bad Langensalza Infostand/öffentliche Bürgersprechstunde mit Staatssekretär Torsten Weil

09.09.2023, 11.00 Uhr: Jahresempfang KV, MdB Martina Renner, MdL Cordula Eger - Geschäftsstelle Mühlhausen;

15.09.2023 Fahrt in den Thüringer Landtag (Rückmeldung bei Gabi);

20.09.2023 Aktionen zum Weltkindertag;

30.10.-1.11.2023: Fahrt für Interessierte ins politische Berlin auf Einladung von Martina Renner. Infos und Anmeldung unter 03601/8865608.

18.12.-20.12.2023: Fahrt für Interessierte ins politische Berlin auf Einladung von Martina Renner. Infos und Anmeldung unter 03601/8865608

Impressum & Kontakt
Kurier wird herausgegeben von DIE LINKE. Kreisverband Unstrut-Hainichreis, Hauptmannstr. 1a, 99974 Mühlhausen, Tel. 03601 - 816921, E-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-uh.de, Redaktion: Steffen Thormann, Kai Budler, Frank Wilhelm, Cordula Eger (V.i.S.d.P.), Layout: Dirk Anhalt, Auflage 500 Stück